

4/X. 1916

* Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde Berlin-Friedenau. In allen Kreisen der Friedenauer Bevölkerung hatte man seit längerer Zeit über die Lebensmittelversorgung durch die Verwaltung lebhaft Klagen erhoben, ja man beschuldigte den Bürgermeister Walger, die Lebensmittelknappheit im Orte verschuldet zu haben. Mit Entrüstung wurde darauf hingewiesen, daß in den Nachbarorten Schöneberg und Wilmersdorf die Lebensmittel viel reichlicher verteilt würden als in Friedenau, und die Unzufriedenheit erreichte in Friedenau einen derartigen Höhepunkt, daß in der Presse dem Bürgermeister vorgeschlagen wurde, sein Amt niederzulegen. Hierauf sah sich Bürgermeister Walger veranlaßt, eine Erklärung in Form eines Flugblattes abzugeben, das an die Einwohner von Haus zu Haus verteilt wurde. In dem Flugblatt wurde die bisherige Lebensmittelpolitik verteidigt und die Schuld der Knappheit auf die Versorgung durch den Kreis Teltow und auf die Zentral-Einkaufsgenossenschaft geschoben. Mit dieser Erklärung war aber die Opposition nicht zufrieden, und in der Ortspresse und in den Versammlungen wurde die Fehde gegen den Bürgermeister weiter fortgesetzt.

Wie weit die Angelegenheit gezogen hatte, zeigte die schon lange geforderte Aussprache über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde. Schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit füllten sich die Räume des Rathauses. Bürgermeister Walger kennzeichnete auf Grund eines Rückblicks auf die geschichtliche Entwicklung der Lebensmittelversorgung Friedenaus die Schwierigkeiten, die der Gemeinde besonders in letzter Zeit erwachsen sind, und die in der Hauptsache in den Einrichtungen der Zentraleinkaufsgenossenschaft, in dem geringen Entgegenkommen der Friedenauer Händler und in der Monopolisierung fast aller Waren zu suchen sind. Ein großes Verdienst habe sich der Kreis Teltow durch die im Mai 1916 erfolgte Gründung der Teltower Kriegswirtschaftsgenossenschaft erworben, von der alle Gemeinden versorgt werden und die monatlich rund 5 Mill. M. Waren heranschafft. Zum Schluß redete der Bürgermeister einem energischen Durchgreifen des Kriegsernährungsamtes das Wort. Er schlug vor, da sich eine engere Verbindung zwischen der Bevölkerung und den Gemeindevertretern als durchaus wünschenswert herausgestellt hat, ein besonderes Lebensmittelamt einzusetzen sowie eine Auskunft- und Beschwerdestelle zu errichten. Die Vertretung schloß sich nach längerer Erörterung diesem Vorschlage an und erwählte einen fünfgliedrigen Ausschuß, der bereits in der nächsten Sitzung positive Vorschläge über diese neuen Gemeindestellen machen soll.